

# Das Wahlkuvert hat neu eine Marke

Künftig treffen Wahl- und Stimmkuvert trotz Widerstand der Bündner Regierung vorfrankiert beim Stimmvolk ein.

Patrick Kuoni

Alle Bündnerinnen und Bündner werden künftig bei Abstimmungen und Wahlen vorfrankierte Abstimmungs-kuverts erhalten. Ein entsprechender Auftrag von SVP-Parteipräsident Roman Hug wurde gestern mit 61:50-Stimmen gegen den Widerstand der Bündner Regierung überwiesen. Hug hatte den Auftrag für die Junge SVP ins Parlament eingebracht.

Die SVP, die SP, eine Mehrheit der CVP und einige wenige Politikerinnen und Politiker der BDP und der FDP sorgten für den Durchbruch. Gemäss Hug soll mit diesem Auftrag die Stimmbeteiligung angehoben werden. «Leider macht aktuell nicht mal jede zweite stimmberechtigte Person von ihrem Wahlrecht Gebrauch», so Hug. Das verlange nach konkreten Massnahmen. «Die Stärkung der Stimmbeteiligung ist wichtig für das direktdemokratische System der Schweiz», befand er.

Laut Hug hat gemäss einer Studie der Universität Freiburg gezeigt, dass bereits frankierte Abstimmungs-kuverts die Stimmbeteiligung bis um zwei Prozent anheben könne. «Die Forschenden haben festgestellt, dass nicht der Preis der Briefmarke Stimmberechtigte davon abhält, abzustimmen. Sondern vielmehr, dass überhaupt erst eine Marke gekauft werden muss.»

Dass Hugs Auftrag etwas bringt, davon war auch Patrik Degiacomi (SP, Chur) überzeugt. Er erhofft sich durch vorfrankierte Kuverts einen psychologischen Effekt. So könne eine Hürde abgebaut werden. Gerade etwa für ältere Menschen, die in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt seien.

## Aktive Beteiligung besser

Eine andere Sicht brachte Walter Grass (BDP, Thusis) ein: «Wenn man die Stimmbeteilig-



Kämpf für die Frankierung: Roman Hug, Präsident der SVP Graubünden, folgt der Debatte im Grossen Rat.

Bild: Philipp Baer

ten an die Urne locken will, muss man nicht die Stimmkuverts vorfrankieren, sondern dafür sorgen, dass sich die Bevölkerung aktiv an politischen Pro-

«Leider stimmt aktuell nicht mal jede zweite stimmberechtigte Person ab.»

Roman Hug  
SVP-Grossrat

zess beteiligt.» Laut Grass ist die Stimmbeteiligung in kleinen Gemeinden, in denen die Gemeindepräsidentin oder der Gemeindepräsident noch auf der Strasse anzutreffen ist, jeweils am höchsten. «Der Kontakt mit der Bevölkerung ist wichtig und das wird mit diesem Auftrag in keiner Weise gefördert.»

## Regierung gegen Frankatur

Regierungspräsident Christian Rathgeb stand dem Vorstoss ebenfalls ablehnend gegenüber. Auch wenn er die Debatte als wertvoll bezeichnete. Er begründete seine Absage an den Vorstoss etwa mit den hohen Kosten. So rechnete er vor, dass dem Kanton Mehrkosten von bis zu 363000 Franken pro Jahr erwachsen, wenn der Vorstoss umgesetzt werde. «Ich gehe davon aus, dass mit vorfrankierten

Abstimmungs-kuverts nur eine Verschiebung stattfindet, und zwar vom Einwerfen der Stimmunterlage in den Gemeindebriefkasten, hin zur brieflichen Abstimmung», so Rathgeb.

Die Studie der Universität Freiburg bezeichnete Rathgeb aufgrund der dünnen Datenbasis als «dürftig». Die Studie basiere auf einem empirischen Vergleich der Stimmbeteiligung in 325 Berner Gemeinden während 15 Jahren, wobei zeitweise 18 Gemeinden die Portokosten übernommen hatten. Sechs Gemeinden hätten die Massnahme im Laufe der Zeit aber wieder aufgehoben.

## Investition in Demokratie

Tino Schneider (CVP, Chur) bezeichnete die Kosten, die auf den Kanton zukämen, als verknäpft, auch weil der volle Be-

trag niemals ausgeschöpft werde. Dies, weil wohl weiterhin nicht die ganze Stimmbevölkerung brieflich abstimmen werde. «Ausserdem ist es eine sinnvolle Investition in die direkte Demokratie, insbesondere bis wir endlich E-Voting haben.»

## Gesamtschau bevorzugt

FDP-Fraktionschefin Vera Stiffler sieht die Problematik der tiefen Stimmbeteiligung. Dennoch sprach sie sich gegen die Vorfrankatur aus. «Es geht dabei nicht um die Kosten, sondern darum, dass eine Gesamtschau der Problematik sinnvoller wäre, anstelle einer einzelnen Massnahme.»

Sie zeigte sich deshalb enttäuscht darüber, dass die Bündner Regierung die Chance nicht genutzt habe, um die gesamte Problematik zu analysieren.

## SP verliert einen Sitz an CVP

Chur Andreas Thöny (Landquart) und Beat Deplazes (Chur) sind gestern aus der SP-Fraktion ausgeschieden. Beide ziehen sich aus beruflichen Gründen während der laufenden Legislatur zurück. Der 52-jährige Thöny ist ab Juli Leiter der Sozialen Dienste der Stadt Chur. Er gehörte dem Parlament 14 Jahre lang an. Der 60-jährige Deplazes arbeitete sechs Jahre im Grossen Rat. Den Platz von Thöny verliert die SP an die CVP, und zwar an Jeanette Bürgi-Büchel, Präsidentin der CVP-Frauen Graubünden. Als ständiger Stellvertreter rutschte Pascal Pajic (27) für Deplazes nach. Nachträglich ist die SP somit nicht mehr Wahlsegerin 2018. (phw)

## Kritik an der Inventarisierung

Chur Für eine lebhaftige Debatte im Grossen Rat sorgte der Auftrag von CVP-Grossrat Reto Cramerer (Alvaschein) zur Inventarisierung schutzwürdiger Objekte. Cramerer bemängelt, dass Grundeigentümerinnen und -eigentümer bei der Inventarisierung zu spät miteinbezogen werden. Dabei habe eine Aufnahme ihres Hauses ins Inventar schutzwürdiger Objekte massive Auswirkungen. Mit seinem Vorstoss verlangt Cramerer, die Kriterien für die Inventarisierung seien zu überprüfen, die Richtlinien wo nötig anzupassen und allenfalls ein Marschhalt einzulegen. Überwiesen haben die Ratsmitglieder den Vorstoss mit 82:28 Stimmen. (us)

## Kanton erarbeitet Suchtstrategie

Chur SP-Grossrat Tobias Rettich wollte zusätzlich zu seiner Anfrage betreffend kantonaler Fachstelle Altersfragen von der Regierung wissen, ob sie bereits eine Strategie für künftige Herausforderungen wie Alter und Sucht habe. «Suchtkranke Personen, die Pflege benötigen, sind kein Zuckerschlecks», so Rettich.

Gesundheitsminister Peter Peyer antwortete, dass sein Departement dabei sei, mit dem Sozialamt und weiteren Stellen eine Suchtstrategie zu erarbeiten. «Da wird auch das Thema Alter und Sucht integriert.» Zudem hätten Gespräche mit Institutionen stattgefunden, um zu klären, wie die Pflege von suchtkranken, älteren Personen organisiert werden soll. (us)

## Richterwahlen sind im August

Chur Gestern Mittag hat die Präsidentenkonferenz des Grossen Rates den Termin für die Kantonsrichterwahlen vorbesprochen. Denn die SP und SVP hatten eine Verschiebung gefordert. Die Wahl ist weiterhin für die Augustsession vorgesehen. Definitiv ist der Entscheid erst am 10. August, wenn die Präsidentenkonferenz die Traktandenliste festlegt. (red)

# Parolini geht wegen Schiesslärm über die Bücher

Parlamentarier fordern, dass die Regierung beim Bund darauf pocht, die Lärmgrenzwerte in Chur einzuhalten.

Die Geschichte zum Schiesslärm in Chur umfasst inzwischen mehrere Kapitel. Nachdem eine Unterschriftensammlung in der Stadt Chur zur Reduzierung des Schiesslärms gestartet wurde, wurde auch die Politik für das Thema sensibilisiert. Der Felsberger Gemeindevorstand schrieb einen Brief an den Bundesrat, SP-Grossrat Andri Perl reichte eine Anfrage bei der Bündner Regierung ein. Und als die Antwort bekannt wurde, legten Sandra Locher Benguerel und Jon Pult (beide SP) auf nationalem Parkett nach.

Denn die Regierung hielt in ihrer Antwort fest: Auf dem Churer Rossboden werden gemäss einer Messung des Bundes von 2014 die Lärmgrenzwerte überschritten. Und die Situation

hat sich seither nicht verbessert, da die Armee mittlerweile sogar noch häufiger schießt. Das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) muss erst bis zum 31. Juli 2025 die nötigen Sanierungen durchführen, damit die Grenzwerte nicht mehr überschritten werden.

## Kritik an Regierungsrat

Nun wurde im Grossen Rat die Anfrage von Perl diskutiert. Die Diskussion zeigt: Mehrere Grossräte sind unzufrieden mit der regierungsrätlichen Antwort. In dieser heisst es: «Die Regierung könnte vom VBS die Einhaltung der Belastungsgrenzwerte einfordern. Da aber die Sanierungsfrist bis 2025 läuft, würde eine entsprechende

«Ich habe den Voten entnommen, dass der Wunsch da ist, gemeinsam beim VBS vorstellig zu werden.»



Jon Domenic Parolini  
Regierungsrat

Forderung wohl mit dem Hinweis beantwortet, dass im Rahmen der Sanierung Massnahmen zur Einhaltung der Belastungsgrenzwerte geprüft werden.»

Sowohl Perl als auch Bruno Claus (FDP, Chur) und Ursin Widmer (BDP, Felsberg) finden diese Antwort enttäuschend. «Ich bin ein Freund der Armee und damit ist mir auch klar, dass die Armee üben können muss», so Claus. Trotzdem solle sich die Stadt und der Kanton nach Meinung des FDP-Präsidenten nicht weiter verströmen lassen, was die Einhaltung der Lärmvorschriften betrifft.

Der Churer Stadtpräsident Urs Marti hielt fest, dass der Schiesslärm der Stadt Chur höchstens ein Prozent der gan-

zen Lärmproblematik der Stadt ausmache. «Dennoch ist der Schiesslärm ernst zu nehmen und es ist wichtig, dass wir auf die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmung pochen.»

## Aktivere Rolle punkto Lärm

Der zuständige Regierungsrat Jon Domenic Parolini meinte darauf: «Ich habe aus den Voten entnommen, dass der Wunsch da ist, gemeinsam beim VBS vorstellig zu werden. Wir werden über die Bücher gehen.» Man werde schauen, ob der Kanton zusammen mit den betroffenen Partnern eine aktivere Rolle bei der Einhaltung der Lärmvorgrenzwerte einnehmen könne.

Patrick Kuoni